

G U Y - P A S C A L D O R N E R

# Mit viel Einsatz und eigenem Geld

**OBERSCHWABEN.** – Mit eigenem Geld in den Deutschen Bundestag? Viele der hiesigen Bundestagswahlkandidaten investieren eigenes Geld in ihren Wahlkampf, weil dazu die Kassen der Kreisverbände nicht ausreichen und Spenden rar geworden sind. Wird deshalb von den Parteien nur nominiert, wer über eine ausreichend dicke Portemonnaie verfügt? Dies wird von den Wahlkämpfern klar verneint. BLIX hat dazu hiesige Bundestagswahlkandidaten befragt.



Hat für den Wahlkampf ihre Arbeitszeit reduziert: Anja Hirschel von der Piratenpartei.

Feststeht: Wahlkampf ist Werbung – auch in eigener Sache. Und je mehr investiert wird, desto höher sind die Chancen auch zu gewinnen. Aber die privaten Zuschüsse sind problematisch für die Demokratie. 90 Prozent von 1000 Kandidaten hatten privates Geld in ihren Bundestagswahlkampf 2013 investiert, so das Ergebnis einer Studie des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung

in Berlin (WZB). Bernhard Weßels vom WZB: „Jeder Kandidat sollte eigenes Geld mitbringen. Die Bereitschaft hierfür musste vorhanden sein, über die Höhe konnte aber jeder selbst entscheiden, das kam natürlich auch auf die örtlichen Gegebenheiten an: Um was für einen Wahlkreis handelt es sich? Wie hoch sind die Erfolgsaussichten? Was muss man dafür aufwenden?“ Weßels, der für die Bundestagswahl 2017 einen noch größeren Trend zum Personwahlkampf ausmacht, erkennt in der derzeitigen Wahlkampffinanzierung ein Problem: „Das Grundprinzip der Demokratie ist die politische Gleichheit.

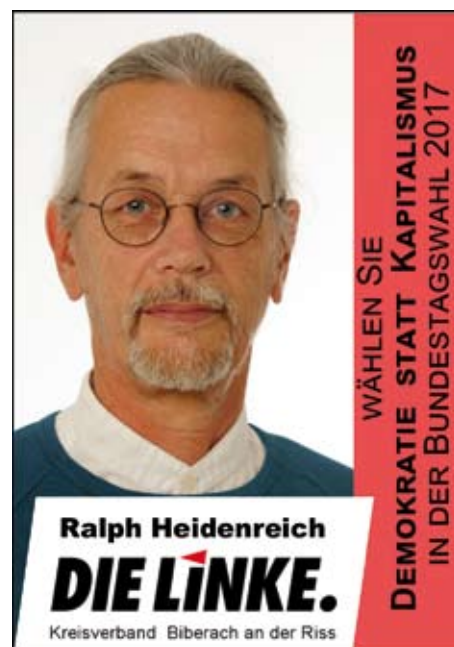
Dieses kann dadurch verletzt werden, wenn es einerseits Bewerber gibt, die 30.000 bis 50.000 Euro oder sogar mehr in ihren eigenen Wahlkampf investieren können, und andererseits welche, die das nicht können.“

Noch einen Schritt weiter geht der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim. Er bezog im ARD-Politikmagazin „Monitor“ Stellung: „Wenn Bewerber, die Geld in ihren Wahlkampf stecken können, größere Chancen haben, auch von den Parteien nominiert zu werden, so ist das hochproblematisch unter den Gesichtspunkten der Freiheit und Gleichheit der Wahl, letztlich unter dem Demokratieprinzip.“ Aber werden Bundestagswahlkandidaten tatsächlich danach ausgewählt, ob sie Geld mitbringen können? Das wollte „Monitor“ (Sendung vom 18. Mai) von den Parteien wissen und berief sich auf eine Studie der Universität Lüneburg, die die Nominierungsverfahren von Bundestagskandidaten untersucht hat. „Monitor“ zitierte aus besagter Studie: „Die Kreisvorsitzenden betonten, dass die notwendigen Ressourcen für den Wahlkampf zentrales Thema der Sondierungsgespräche seien.“ Das klingt eindeutig.

Doch wie sieht es mit den hiesigen Bundestagswahlkandidaten aus? BLIX hat nachgefragt. Axel Müller, CDU-Bundestagswahlkandidat für den Wahlkreis 294 (Ravensburg): „Es wird grundsätzlich erwartet, dass man einen eigenen finanziellen Anteil leistet.“ Müller geht in seinem Fall von 20.000 bis 30.000 Euro aus. Weitere Kosten trägt der CDU-Kreisverband, der zudem eifrig um Spendengelder trommelt. „Es wird vom Kandidaten erwartet, dass er den Kreisverband bei der Spendenakquise unterstützt“, so Müller, der betont, dass er von seinem privat in den Wahlkampf investiertes Geld nicht einmal einen Teil über die Steuererklärung vom Finanzamt zurückbekommt. „Das Finanzamt stellt sich auf den Standpunkt, dass es sich nicht um absetzbare Werbungskosten handelt, da der Kandidat im Falle seiner Wahl Anspruch auf eine steuerfreie Aufwandsentschädigung, die zusätzlich zum Grundgehalt bezahlt werde, habe.“ Für Müller, der sich realistische Chancen ausrechnen kann, gewählt zu werden, mag dies zutreffen. Er empfindet es dennoch als „unbefriedigend“, denn auch nicht gewählte Kandidaten können keinen Cent ihrer Unkosten beim Finanzamt geltend machen.

Sein Parteikollege Josef Rief, MdB für den Wahlkreis 292 (Biberach), der erneut antritt: „Natürlich steuere ich auch einen großen Beitrag bei, den ich nicht erstattet bekomme.“ Dies mache er gerne und aus Überzeugung. Hilde Mattheis (SPD), MdB für den Wahlkreis 291 (Ulm), die ebenfalls wieder antritt, benennt wie ihr CDU-Kollege Rief Parteigelder, Spenden sowie einen Beitrag aus eigener, privater Tasche als Finanzquellen für ihren Bundestagswahlkampf. „Eine Erstattung von eigenen Beiträgen erfolgt in der Regel nicht.“ Martin Gerster, SPD-MdB aus dem Wahlkreis 292 (Biberach), hat in der vergangenen Wahlpe-

► Fortsetzung Seite 8





riode einen Teil seiner Diäten für den Wahlkampf angespart. Diese Rücklagen hätten auch einem anderen SPD-Kandidaten aus dem Wahlkreis 292 (Biberach) zur Verfügung gestanden, wäre Gerster nicht mehr angetreten oder nicht nominiert worden. Gerster erklärt, dass von der Partei Neulinge ohne Mandat im Wahlkampf etwas stärker unterstützt würden als bereits gewählte Abgeordnete wie er. Gerster findet das gut so.



Davon profitiert zum Beispiel Heike Engelhardt, SPD-Bundestagswahlkandidatin für den Wahlkreis 294 (Ravensburg). Ihr Wahlkampf wird „zum größten Teil vom Kreisverband und durch Spenden“ finanziert. Sie selbst bringt vor allem ihre Zeit mit ein: „Resturlaub aus dem Jahr 2016, fast den gesamten Jahresurlaub 2017 sowie die angesammelten Überstun-



*Die Bundestagswahlkandidaten kämpfen mit viel Engagement und persönlichem Geld um Wählerstimmen. Von oben nach unten: Agnieszka Brugger (Grüne), Tim Hundertmark (FDP), Heike Engelhardt (SPD)*

den“. Ähnlich fiel auch die Antwort von Anja Reinalter, Grünen-Bundestagswahlkandidatin im Wahlkreis 292 (Biberach), aus. „Im Gegensatz zu MdBs, die im Rahmen ihrer Abgeordnetentätigkeit Wahlkampf machen und dabei auf die Unterstützung ihrer Abgeordnetenbüros zählen können, muss unsereins das neben dem Beruf her in der Freizeit stemmen“, erklärt Reinalter. „So gesehen muss ich die Frage, ob wir Kandidaten alle unter gleichen Bedingungen in den Wahlkampf starten, klar mit ‚Nein!‘ beantworten. Amtsinhaber haben eindeutig bessere Startbedingungen.“

Zur Wahlkampffinanzierung bei den Grünen erklärt MdB Agnieszka Brugger, die erneut für den Wahlkreis 294 (Ravensburg) kandidiert: „Ich kann mir nicht vorstellen und weiß auch von keinem Fall, dass bei uns die Kandidatur jemals an finanziellen Hürden gescheitert wäre. Als ich 2009 zum ersten Mal für den Bundestag kandidiert habe, war ich noch Studentin, und niemand hat von mir verlangt, Teile des Wahlkampfes selbst zu finanzieren. Als Mandatsträgerin leiste ich nun auf freiwilliger Basis mit regelmäßigen und auch anlassbezogenen Spenden an verschiedene Ebenen der Partei einen Beitrag für den Wahlkampf.“

Und bei der FDP? Wie Tim Hundertmark, Kandidat im Wahlkreis 292 (Biberach), erklärt, wird der Bundestagswahlkampf aus der Kasse des Kreisverbandes sowie durch Spenden finanziert. „Ein Muss für eigene Ausgaben gibt es nicht. Im Falle von eigenen Ausgaben erfolgt keine Erstattung. Das Parteiengesetz und das Steuerrecht bieten Möglichkeiten der steuerlichen Anrechnung der Kosten in begrenztem Umfang.“ Parteigelder und „Spenden in nur sehr geringem Maße“ benennt Anja Hirschel, Kandidatin der Piratenpartei im Wahlkreis 291 (Ulm). „Ich selbst habe meine Arbeitszeit für die Dauer des Wahlkampfes reduziert; diese finanzielle Einbuße trage ich selber.“ Ihre Reisekosten bekommt sie erstattet; die übrigen Wahlkampfkosten trägt die Partei. Gudrun Diebold, ÖDP-Kandidatin im Wahlkreis 292 (Biberach), betont: „Unsere Partei nimmt als einzige keine Parteispenden und ist deswegen auf private Spenden angewiesen. Das heißt: Etwa zur Hälfte bezahlen wir den Wahlkampf aus eigener

► Fortsetzung Seite 10



## Heike Engelhardt

Ihre Erststimme am 24.9. für mich

## Deshalb SPD.

### 10 Gründe für den Politikwechsel

- Entlastung durch Investitionen
- Gerechte Steuern
- Gebührenfreie Bildung
- Paritätische Bürgerversicherung
- Zukunftsfeste Rente
- Echte Gleichstellung
- Bezahlbares Wohnen
- Arbeit der Zukunft
- Starkes Europa
- Frieden und Stabilität

Mehr zu diesen Themen finden Sie unter:  
[www.heike-engelhardt.de](http://www.heike-engelhardt.de)

# Anja Reinalter überzeugt

Platte Wahlkampflogos liegen Anja Reinalter nicht. Als Bundestagskandidatin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will sie am 24. September ein Direktmandat erringen. Dabei setzt die 47jährige promovierte Pädagogin, Stadträtin der Offenen Liste in Laupheim und Kreisrätin auf Information und Gespräche.



Anja Reinalter schaut gerne über den Tellerrand.

len Arbeit unterrichtet, hat sie schon von Berufs wegen Einblick in prekäre Verhältnisse. Sie ist überzeugt: Je stärker man sich ungerecht behandelt fühlt, desto extremer wählt man. Extremen Tendenzen in ganz Europa müssen wir gemeinsam entgegenwirken. Europa ist ihr wichtig: „Wir müssen über den Tellerrand hinausschauen!“

Sie möchte ein anderes, weibliches Denken einbringen, damit die unterschiedlichen Sichtweisen von Frauen und Männern Gehör finden. „Reine Frauengremien sind ebenso einseitig wie reine Männergremien, es geht um Ausgewogenheit. Dabei sollten Entscheidungsrunden generell gemischt besetzt werden, weil man nur so das gesamte Bevölkerungsspektrum abbilden kann. Sie setzt sich vehement für Frauenthemen ein, wofür sie 2011 den überparteilichen Helene-Weber-Preis für Frauen in der Kommunal-Politik vom Bundesfamilienministerium verliehen bekam.

Am 15. September kommt auf Einladung der Frauen im Kreistag Landtagspräsidentin Muhterem Aras nach Biberach. Im Franziskus-Saal im Jordanbad redet die in der Türkei geborene Landtagspräsidentin über Frauen in der Politik. Durchaus ein aktuelles Thema: Ist doch Anja Reinalter im Wahlkreis Biberach wieder die einzige Frau, die kandidiert.

Wir unterstützen Anja Reinalter

**Wussten Sie schon,**

- dass wir über 80 Sorten Bio-Käse im Angebot haben
- dass Sie alle Arten leckeres Bio-Grillfleisch bei uns bekommen
- dass unsere Obst- und Gemüseetheke im Sommer an ein kleines Paradies erinnert

Auf einen Besuch freut sich eure Bauersfamilie Fabian, Monika und Gerhard Steigmiller

 Folgen Sie uns auch auf Facebook  
www.facebook.com/hofladensteigmiller

Öffnungszeiten:  
Mo.-Do. 8.30 - 12.30 Uhr und 14.00-18.00 Uhr  
Fr. 8.30 - 18.00 Uhr durchgehend  
Sa. 8.30 - 13.00 Uhr  
mehr unter: www.hofladen-steigmiller.de



## Schwarze Zahlen mit grünen Ideen

Beim Thema Energie und Umwelt ist Anja Reinalter überzeugt, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben kann. Der Wohlstand unserer Region lässt sich auch und gerade durch nachhaltiges Wirtschaften erhalten. Die Kandidatin freut sich, zu einem Vortrag von Professor Dr. Bela Mutschler von der Hochschule Ravensburg einladen zu können. Im Fokus stehen Smart Machines, Big Data, neuartige Transporttechnologien und virtuelle Realität. Der Vortrag findet am 6. September im Gasthaus Burren, Burren 1, 88400 Biberach statt.

## INFO

Anja Reinalter im Gespräch mit ....

**18. August:** Agnieszka Brugger, Sprecherin für Sicherheitspolitik und Abrüstung sowie Obfrau im Verteidigungsausschuss der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

**24. August:** Andreas Schwarz, Fraktionsvorsitzender der Grünen Landtagsfraktion im Landtag von Baden-Württemberg

**7. September:** Bärbel Mielich, Mdl und Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

**15. September:** Landtagspräsidentin Muhterem Aras, Sinnwelt Jordanbad

**20. September:** Franz Untersteller, Mdl, Landesminister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere mehr.

Statt Wahlkampf im herkömmlichen Sinn greift Anja Reinalter lieber interessante Themen auf, die die Menschen bewegen. Nähere Infos auch unter [www.gruene-bc.de](http://www.gruene-bc.de) [www.reinalter.info](http://www.reinalter.info)

**EINE BESSERE ZUKUNFT KOMMT NICHT VON ALLEIN.**

Jetzt Briefwahl anfordern!

DARUM GRÜN.

**Frische direkt vom Bioland-Hof**

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!





Wir sind für Sie zu folgenden Zeiten da:  
Montag: 9:00 - 12:00 Uhr u. 14:00 - 18:00 Uhr  
Dienstag: 9:00 - 12:00 Uhr  
Dienstag: 14:00 - 18:00 Uhr  
Freitag: 9:00 - 12:00 Uhr u. 14:00 - 18:00 Uhr  
Samstag: 9:00 - 12:00 Uhr

Bioland-Hofladen, Paula Weber  
88400 Biberach - Mettenberg, Tel. 07351/8896  
[www.bioland-hofladen.de](http://www.bioland-hofladen.de)

Überwachung im Doppel- oder Einzelzimmer oder auch Matratzenlager möglich

Regional und biologisch essen nach Anmeldung (ab 10 bis zu 30 Personen)

Tasche. Es sind damit wenige hundert Euro, die ich persönlich beisteuere."

Für Eugen Ciresa, AfD-Kandidat für den Wahlkreis 291(Ulm), fällt der persönliche Obolus deutlich höher aus. „80 Prozent Partei, der Rest aus eigener Tasche. Keine Spenden.“ Ciresa benennt einen „vierstelligen Betrag“, den er selbst berappen muss; „es gibt keine Erstattung“. Fehlt noch die Partei „Die Linke“: Von zwei angefragten Kandidaten erhielten wir bis Redaktionsschluss leider keine Auskunft. Bleibt noch die Frage, ob die hiesigen Kandidaten für Bundestagsmandate tatsächlich danach ausgewählt wurden, ob sie Geld mitbringen können für den Wahlkampf? Dies haben die Befragten aller

politischer Couleur freilich verneint. Sie glauben allesamt, aufgrund ihrer politischen Qualitäten sowie auch wegen persönlicher Wertschätzung von ihren Parteifreunden nominiert worden zu sein. Bei allen Parteien wird persönliches Engagement von den Bundestagswahlkandidaten gefordert. „Wer mich kennt, weiß, dass ich eigene Mittel und Mühen nicht scheue, um das Ziel zu erreichen. Ich habe zum Beispiel eine Werbefahrzeug dank meiner Fertigkeiten in Sachen ‚Autos‘ selbst in zwei Nachtschichten eigenhändig alleine umgebaut und dadurch – laut Kostenvoranschlag – über 2000 Euro gespart“, erklärt CDU-Kandidat Axel Müller. Ob sich der hohe persönliche Einsatz, zu dem auch der finanzielle aus eigener Tasche zu zählen ist, für Müller und die anderen Bundestagskandidaten echt gelohnt hat, steht am 24. September fest.

*Kämpfen mit persönlichem Geld und viel Einsatz: die Bundestagswahlkandidaten. Von oben nach unten: Martin Gerster (SPD), Hilde Mattheis (SPD), Axel Müller (SPD), Anja Reinhalter (Grüne), Josef Rief (CDU), Gudrun Diebold (ÖDP), Eugen Ciresa (AfD).*

ANDREA RECK

## Politik kurz und bündig

**LAUPHEIM.** Die Bundestagskandidaten im Wahlkreis Biberach für die Bundestagswahl am 24. September bewiesen bei einer Podiumsdiskussion „Politik in leichter Sprache“ in Laupheim, dass sie auch Klartext reden können. Eingeladen hatte die St. Elisabeth-Stiftung.

Moderator Wolfgang Dürrenberger vom Heggbacher Wohnverbund der St. Elisabeth-Stiftung, hält Martin Gerster seine Alarm-Klingel vor die Nase. Verwendete der SPD- Bundestagsabgeordnete doch eben das Wort „Skandal“ auf die Frage „Warum haben Menschen mit Behinderungen schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt?“. Gerster nimmt einen neuen Anlauf: „Ich finde es ganz schlimm, dass viele Firmen nicht bereit sind, Menschen mit Behinderungen mitarbeiten zu lassen“. Denn um Verständlichkeit geht es schließlich bei der Podiumsdiskussion „Politik in leichter Sprache“, zu der die Bundestags-Kandidaten am 10. Juli in die Mensa der Friedrich-Uhlmann-Schule in Laupheim gekommen sind.

### Wahlrecht für alle?

Für gute Stimmung sorgt zu Beginn die Musikgruppe African Drums und die Rasselbande. Die Band aus Besuchern und Mitarbeitern der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen wird verstärkt von zwei Musikern aus Gambia. Rund 200 Besucher, die meisten aus Einrichtungen der St. Elisabeth-Stiftung aber auch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Laupheim, lauschen dem Sozialdemokraten Martin Gerster, MdB, dem ebenfalls im Deutschen Bundestag vertretenen Josef Rief von der CDU, der Bundestagkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen Anja Reinhalter sowie Ralph Heidenreich von der Linken. FDP-Kandidat Tim Hundertmark sagte aus Termingründen ab. In verschiedenen Arbeitskreisen hatten die in den Werkstätten der Stiftung Beschäftigten den Abend vorbereitet. Moderator Dürrenberger kann in der ersten Runde ihre schriftlich formulierten Fragen an die Diskutierenden stellen. Keine Antwort darf länger als drei Minuten dauern. Tauchen Fremdwörter auf, ertönt die Klingel, etwa als Anja Reinhalter bei ihrer Position zum Bundeteilhabegesetz das Wort „inklusiv“ verwendet. Ralph Heidenreich drückt sich gut schwäbisch aus: „Oine handt no koi Wahlrecht, des isch schlecht“.

Moderator Dürrenberger setzt ebenfalls auf Schwäbisch und erklärt immer wieder schwierige Begriffe, wie etwa CO2 als „der Gestank, der bei Autos hinten rauskommt“. Anja Reinhalter muss aus Termingründen nach der ersten Fragerunde den Stab an ihren Parteifreund Rudolf Haug abgeben, der „dieses gefährliche Gas“ verringern will, indem beispielsweise mehr Energie aus der Sonne gewonnen wird.

### Arbeitsmarkt wie eine Olympiade?

Ein Fragesteller will wissen, warum in Deutschland der Sprit teurer ist als in den USA. „Gerster erklärt: „Das kommt darauf an, wie hoch der Steueranteil ist. Wir wollen durch den Preis zum Sparen anregen“. Rudolf Haug ergänzt: „Und außerdem sollen die Autofahrer durch die Sprit-Steuer auch den teuren Straßenbau mit bezahlen“. Eine junge Frau kommt wieder auf die Chancen von Menschen mit Behinderung zu sprechen. Ralph Heidenreich bedauert: „Arbeitsmarkt ist wie eine Olympiade. Wer nicht hundertprozentig leistungsfähig ist, hat ein Problem.“ Josef Rief erklärt, dass Firmen, die Menschen mit Behinderung einstellen bis zu 75 Prozent Lohnkostenzuschuss vom Staat bekommen. Der CDU-Abgeordnete fügt hinzu: „Wir brauchen aber auch in Zukunft besondere Werkstätten.“ Einer Frau, die wissen möchte, warum sie von ihrem Lohn so viel Heimkosten bezahlen muss, gibt Gerster zu bedenken: „Sie bekommen ja auch eine besondere Betreuung im Heim und können Ihren Arbeitsplatz nicht verlieren.“ Und Haug ergänzt: „Wenn es in den Werkstätten Mindestlohn gäbe, würde sich das zumindest besser anfühlen, aber der Lohn würde dann möglicherweise gegen die volle Miete und Betreuung verrechnet werden müssen.“ Gerster engagiert sich besonders bei Problemen des öffentlichen Nahverkehrs und meint: „Es müssen im Landkreis endlich barrierefreie Busse gekauft werden, in denen man mit Kinderwagen oder im Rollstuhl einsteigen kann.“

Die Kandidaten äußerten sich zu Themen wie Tierversuche, Ehe für alle und Höhe der Renten. Nach zwei Stunden beenden African Drums und die Rasselbande temperamentvoll den informativen Abend. Bleibt zu hoffen, dass er auch für die Politiker lehrreich war und sie sich bei anderen Gelegenheiten im Gespräch mit ihren potentiellen Wählerinnen und Wählern künftig auch so verständlich ausdrücken wie bei dieser Podiumsdiskussion und einer ähnlichen Veranstaltung, die die St.-Elisabeth-Stiftung in Ehingen organisierte.



G U Y - P A S C A L D O R N E R

# Der „Nuxit“ kommt

**NEU-ULM.** Großbritannien machte es vor, Neu-Ulm macht es nach: Nach dem „Brexit“ folgt nun der „Nuxit“. Die 60.700-Einwohner-Stadt Neu-Ulm, bislang Große Kreisstadt, will aus dem Landkreis Neu-Ulm austreten und zur kreisfreien Stadt werden.

Oberbürgermeister Gerold Noerenberg (CSU) treibt den „Nuxit“ seit geraumer Zeit voran. Ende Juli entschied der Gemeinderat mit 37:7 Stimmen, dass man die Kreisfreiheit anstrebt und ein entsprechender Antrag an das Münchner Innenministerium gestellt werden soll. Bleibt die Frage, wie es mit dem Rest-Kreisgebiet (Kreisname? Kreissitz?) weitergeht.

Bis 1972 war das vor 1810 zur (Reichsstadt) Ulm gehörende Neu-Ulm kreisfrei. Dann wurde Neu-Ulm in den gleichnamigen Landkreis eingegliedert. Jetzt, 45 Jahre später, holt sich Neu-Ulm den damals verlorenen Status zurück. Als erste kreisangehörige Stadt Bayerns seit der Gebietsreform will Neu-Ulm aus dem eigenen Landkreis austreten. In Bayern ist dies für Kommunen mit über 50.000 Einwohnern mit „entsprechender Bedeutung“ möglich. Das letzte Wort hat die bayerische Staatsregierung mit Zustimmung durch den Landtag. Mit Zustimmung kann gerechnet werden, denn Neu-Ulm erfüllt die Voraussetzungen. Bis in drei Jahren, so der Zeitplan, solle Neu-Ulm kreisfrei sein. Übrigens: Der Landkreis Neu-Ulm wird angehört, hat aber kein Stimmrecht.

Aber wieso will Neu-Ulm überhaupt kreisfrei werden? Befeuert wurde der Wunsch durch die Finanzkrise der kreiseigenen Krankenhäuser (Neu-Ulm, Illertissen und Weißenhorn). Bei 13 Millionen Euro Defizit wäre die Stadt Neu-Ulm über die Kreisumlage mit mehreren Millionen Euro belastet. Die Stadt hat gerechnet und kam unterm Strich zum Ergebnis: der „Nuxit“ kommt uns billiger. Oberbürgermeister Gerold Noerenberg (CSU) sieht aber auch Vorteile für den Bürger durch die Bündelung von Verwaltungsaufgaben. Zudem könne man dann enger mit der Schwesterstadt Ulm zusammenarbeiten – oder vielleicht eines Tages sogar sich wieder dieser anschließen, was dann Auswirkungen auf die Landesgrenzen von Baden-Württemberg und Bayern hätte. Im Neu-Ulmer Stadtrat gibt's durchaus ernsthafte Überlegungen in diese Richtung – doch nun müsse erst einmal der „Nuxit“ geschafft werden.



**Sehr geehrter Herr Dr. Reck,**

es ist immer sehr anregend, Ihre sehr gut gemachte Zeitschrift BLIX zu lesen. Auch das Layout ist gelungen. Aber in der neuesten Ausgabe hat mich das „Gebet“ „Steak unser“ entsetzt (Seite 44). Ich bin ja wirklich nicht fromm, sondern eine „überkonfessionelle Christin“. Und ich weiß auch, dass dieses blasphemische Traktat nicht aus Ihrer Feder stammt. Aber es ist einfach unanständig, das bekannteste Gebet des christlichen Glaubens so zu entstellen. Ich werde meine Kritik auch an den Verlag des „Fire&Food“-Magazins schicken.

Mit freundlichen Grüßen

Hadwig Schühly-Wiedenmann, Aulendorf

**Sehr geehrter Herr Reck,**

mein erster gelesener Bericht im Juli-BLIX war der Artikel „Venezianische Impressionen“. Ihr Bericht beginnt mit dem Satz: „Mehr als 30 Millionen Touristen kommen jährlich nach Venedig, um sich von den prächtigen Kirchen und Palästen, den verschlungenen Kanälen und dem reichen kulturellen Erbe der Stadt verzaubern zu lassen.“ Es muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass der Tourist, für den Venedig so bezaubernd scheint, bei den Venezianern sehr ungern gesehen wird.



*Neu-Ulm möchte den gleichnamigen Landkreis verlassen und nach 45 Jahren wieder eine kreisfreie Stadt werden. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit Ende Juli gefasst. Fotomontage: Guy-Pascal Dörner*

Mit Folgen für den Landkreis, der ein Drittel seiner Bevölkerung verlieren wird. Landrat Thorsten Freudenberger (CSU) hat erklärt, dass das Landratsamt nicht in Neu-Ulm verbleibt. Senden und Illertissen werden als Standorte gehandelt. Auch werde der Landkreis nicht mehr den Namen einer Stadt tragen, die nicht zum Landkreis gehört. Namensvorschläge sind willkommen. Eine „Herkulesaufgabe“ (Freudenberger) werde das Entflechten von Stadt Neu-Ulm und Landkreis sein.

Neu-Ulm glaubt, trotz des Aufgabenzuwachses und der damit verbundenen höheren Personal- und Sachkosten keine finanzielle Mehrbelastung zu haben – weil die Bezirksumlage (16 Mio. Euro) plus Krankenhausumlage (1,1 Mio. Euro) künftig nicht einmal die Hälfte der Kreisumlage (36 Mio. Euro) ausmacht. „Neu-Ulm agiert in weiten Teilen wie eine kreisfreie Stadt, ohne den Handlungsspielraum einer kreisfreien Stadt zu haben“, so Noerenberg.

Für weitere Städte im BLIX-Land ist die Kreisfreiheit bzw. die Bildung eines Stadtkreises, wie die kreisfreien Städte in Baden-Württemberg genannt werden, kein Thema – im Gegensatz zu Reutlingen, die gerne einen Stadtkreis bilden möchten. Doch in Baden-Württemberg ist dies schwieriger als in Bayern. Voraussetzung ist nach § 3 der Gemeindeordnung der Erlass eines Gesetzes. Früher galt zudem die 100.000-Einwohner-Grenze; diese wurde inzwischen fallen gelassen.

Das Problem mit den Kreuzfahrtschiffen und den Überschwemmungen hätte hier viel negativer beschrieben werden müssen. Denn auf diese Problematik macht

die Deutsche Autorin und Journalistin Petra Reski immer aufmerksam, die viel über die italienische Mafia schreibt, im Ruhrgebiet aufwuchs und in Venedig lebt.

Aus Venedig bekam ich ein Autogramm von ihr nach Biberach geschickt. Dies zur Klarstellung.

Mit freundlichen Grüßen,

Mauro Imperiale, Biberach - Rindenmoos

**Ohne Blix läuft nix!**

Sorry, der musste sein. Kein Schenkelklopfer, aber so ist es. Ich leg euer Heft meist aufs manchmal gar nicht stille Örtchen, weil ich dort immer wieder einen eurer wahrhaftigen Berichte lesen kann. Schafft man ja nicht alles auf einmal, man will ja ALLES lesen. Ihr seid: Echt. Gut. Fleißig. Ehrlich. (=Oberschwäbisch?) I fend ui klasse.

Uschi Zwick auf facebook

GUY - PASCAL DORNER

# Vom Winde verweht



**BAD WALDSEE.** Ursprünglich sollten es mal sechs werden, dann nur noch vier und inzwischen stehen auch diese in Frage: Die von Stadt und den Stadtwerken Bad Waldsee geplanten 231 Meter hohen Windenergieanlagen auf dem Bad Waldseer „Tannenbühl“. Schuld daran haben scheinbar die Rotmilane. Kräftigen Gegenwind in Sachen „Windenergie“ bekommen Stadt und Stadtwerke vor allen Dingen von der Bürgerinitiative (BI) „Lebenswerter Haistergau“.

Dass Bürger gegen geplante oder bestehende Windenergieanlagen Sturm laufen, ist nichts Neues. Im ganzen Land gibt es solche Initiativen. Hilpensberg, Atzenberger Höhe, Emmelhofen – jeder (potenzielle) Windenergiestandort produziert Gegner. Auffallend dabei: Nicht wenige der Kritiker stammen aus dem links-ökologisch-alternativen Lager. Jene, die noch vor geraumer Zeit „Atomkraft nein danke!“ propagiert und den Einsatz regenerativer Energien (dazu zählt auch die Windenergie) gefordert hatten, sind nun gegen Windenergieanlagen. Zumindest möchte man sie nicht vor der eigenen Haustüre haben.

*Wollen aus Naturschutzgründen den geplanten Windenergiepark auf dem Bad Waldseer „Tannenbühl“ verhindern (von links): Ursula Henne, Heinrich Henne und Andrea Hagenlocher von der Bürgerinitiative „Lebenswerter Haistergau“. Befürchtet werden seitens der BI auch erhebliche gesundheitliche Schäden für Menschen durch den geplanten Windenergiepark. Foto: Guy-Pascal Dornier*

Dies gilt auch für die BI „Lebenswerter Haistergau“. Die BI möchte einen geplanten Windenergiepark auf dem „Tannenbühl“, Naherholungsgebiet zwischen Bad Waldsee und Haisterkirch, verhindern. Der „Tannenbühl“ ist einer von zwei Standorten, den der „Windatlas“ des Landes in Bad Waldsee für geeignet hält. Der andere Standort, die „Grabener Höhe“, ist bereits im Teilregionalplan „Windenergie“ des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben ausgeschlossen. Es bleibt also nur der „Tannenbühl“. Doch die BI macht seit geraumer Zeit mobil gegen den geplanten Windenergiepark „direkt neben Wildgehege, Kletterpark und Mountainbike-Trail“ mit „nur 800 Metern Abstand zu unseren Wohnhäusern“. Gesetzliche Mindestabstände sind freilich eingehalten. „Dauerlärm, Schlagschatten, Infraschall, Körperschall und Eisschlag können jedoch die Gesundheit von Menschen und Tieren gefährden“, so die BI, die durch den Windenergiepark auch ein Ausbleiben von Kurgästen in der selbst ernannten „Gesundheitsstadt des Südens“ befürchtet.

Im BLIX-Gespräch führten Andrea Hagenlocher, Heinrich und Ursula Henne von der BI aus, dass durch ihre Kartierung der Rot-

milan-Brutplätze die Zahl der geplanten Windenergieanlagen von sechs auf zwei geschrumpft ist, und dass die Wirtschaftlichkeit des Projekts infrage gestellt sei. Bad Waldsees Bürgermeister Roland Weinschenk sowie die neue Stadtwerke-Chefin Regine Rist, die Vorgängerin und zugleich Nachfolgerin des demissionierten Jörg Uhde: „Aufgrund unserer eigenen Untersuchungsergebnisse gehen wir derzeit davon aus, dass aufgrund der Rotmilan-Brutstandorte nicht alle der geplanten vier Standorte realisiert werden können.“ Weinschenk und Rist wollten die Fragen von BLIX nur schriftlich beantworten.

Zur Wirtschaftlichkeit: Trotz Abschaltzeiten nachts wegen der Fledermäuse und tagsüber – bei Bedarf – wegen der Rotmilane sei „grundsätzlich Wirtschaftlichkeit gegeben“. Diese werde stetig überprüft. Eine „nachhaltige Wirtschaftlichkeit“ sei Grundlage für die Realisierung. Die BI sieht darin ein Hintertürchen für den Einstieg in den Ausstieg. Denn Uhde habe stets erklärt, erst bei vier Windenergieanlagen sei man wirtschaftlich; dazu gab es keine Stellungnahme seitens der Stadt bzw. Stadtwerke gegenüber BLIX.

Zu den gesundheitlichen Bedenken der BI heißt es seitens Stadt bzw. Stadtwerke: „Unter Abwägung der Entfernung zur Wohnbebauung und der naturschutzrechtlichen Aspekte (...) halten wir alle genehmigungsrechtlichen Anforderungen ein.“ Auf die Kurgäste werde der Windenergiepark „keinen Einfluss nehmen“. Die Wissenschaft ist durchaus geteilter Meinung, inwieweit Infraschall und Körperschall, hervorgerufen durch Windenergieanlagen, schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben können. Dass der Schattenwurf, der mit seinem „Disco-Effekt“ nach Berechnungen der Stadtwerke zum Teil bis zum Bad Waldseer Stadtsee reichen wird, Bewohner und Kurgäste nerven könnte, sieht die BI als gegeben an. Eine BLIX-Nachfrage bei Stadt bzw. den Stadtwerken blieb indes unbeantwortet.

Bedeckt halten sich Stadt bzw. Stadtwerke auch bei folgendem Punkt: Laut BI gehört das Windenergiepark-Gelände teils der Stadt, teils dem Fürstenhaus von Waldburg zu Wolfegg und Waldsee. Stadt und Stadtwerke: „Die für die Planung des Windenergieparks benötigten Flächen befinden sich überwiegend im Eigentum der Stadt Bad Waldsee. Sofern weitere Flächen benötigt wer-



den, planen wir, mit den Eigentümern Nutzungsvereinbarungen abzuschließen.“ BLIX hat bei der Liegenschaftsverwaltung des Fürstenhauses von Waldburg zu Wolfegg und Waldsee nachgefragt und von Simon Phillipson erfahren, dass in der Tat ein fürstliches Grundstück davon betroffen sei. Jedoch unbeantwortet blieb die Frage, inwieweit das Fürstenhaus direkt oder indirekt über die Projektpartner (Energieunternehmen) über das Grundstück hinaus am geplanten Windenergiepark beteiligt ist. Denn als Projektpartner haben die Stadtwerke (52 Prozent Geschäftsanteile) die „Thüga Energie GmbH“, die „Energie Baden-Württemberg AG“ sowie die „Allgäuer Überlandwerk GmbH“ – zu je 16 Prozent – gewonnen, so die Stadtwerke auf ihrer Homepage. „Die Projektentwicklung haben wir AÜW übertragen“, heißt es dort. Gegenüber BLIX stellen Stadt und Stadtwerke klar: „Es bestehen nur Vereinbarungen zur Planung des Windenergieparks, einschließlich Voruntersuchungen. Weitergehende Verpflichtungen für die Projektpartner können erst nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse eingegangen werden.“ Zudem müssten die dafür zuständigen Gremien erst noch die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Bemerkenswert ist der Weggang des bisherigen Stadtwerke-Chefs Jörg Uhde. Er ist zum 1. August zu einem Energieversorger nach Rheinland-Pfalz gewechselt. Neue Geschäftsführerin ist Regine Rist (47). Sie war bereits vor Uhde Geschäftsführerin der 2012 gegründeten Stadtwerke. Angesprochen auf diesen Personalwechsel, schweigen

Stadt und Stadtwerke. Weil Rist in Haisterkirch wohnt, hofft die BI, dass sie von den Windenergieplänen Abstand nimmt. „Die Planung und Realisierung von Windenergieanlagen sowie die tiefe Geothermie sind wesentliche Aufgaben der Stadtwerke. Diese Arbeitsfelder werden gleichrangig auch in Zukunft weiter verfolgt“, heißt es seitens Stadt bzw. Stadtwerke. Erschwert wird die Realisierung des Projekts auf dem „Tannenbühl“ durch Bauern, die sich weigern, ihren Grund und Boden für die Zufahrt zum Windenergiepark zu verkaufen. Seitens Stadt und Stadtwerken heißt es: „Im Zuge der Überarbeitung der Planungen wird auch das Erschließungskonzept angepasst. Es werden mit den Grundstückseigentümern Vereinbarungen vorbereitet.“

Unterstützung erfahren die Windenergie-Initiatoren inzwischen von ungewöhnlicher Seite: Das „Energiebündnis Bad Wurzach“, ein Zusammenschluss von Verfechtern der lokalen Energiewende, sucht den Schulterchluss mit den Windenergie-Befürwortern in Bad Waldsee. „Wir sollten das Feld der öffentlichen Diskussion nicht nur den Gegnern überlassen, wie wir das beim geplanten Windenergiepark ‚Tannenbühl‘ erleben. Ängste zu streuen ist einfach“, so wird Johanna Moltmann-Hermann vom Energiebündnis in der lokalen Presse zitiert.

„Wir sind für Energieeinsparung und für regenerative Energieerzeugung“, erklärt Hagenlocher von der BI. „Es ist ein Denkfehler, zu glauben, man könne durch Windkraftträder auf dem ‚Tannenbühl‘ die Energiewende Deutschlands

einläuten“, so ihr bewusst plakativ formulierter Einwand. Es gebe Alternativen zur Windenergie: Photovoltaikanlagen, Trinkwassergeneratoren, Osmose- und Gezeiten-Kraftwerke, Fernwärmenetze. Einige in der BI halten es für „Irrglauben“, dass man durch einen reduzierten CO<sub>2</sub>-Ausstoß den Klimawandel verlangsamen oder stoppen könne. In einem offenen Brief von Anja Stöckle aus Reute bei Bad Waldsee an Bürgermeister Weinschenk und die Gemeinderäte (liegt BLIX vor) wird ferner auf die Gesundheitsgefährdung der Menschen durch Infraschall hingewiesen. Stadt und Stadtwerke dazu: „Zur demokratischen Gesellschaft gehört Meinungsvielfalt. Wir setzen uns deshalb gerne mit unterschiedlichen Meinungen auseinander.“ Dies sieht man bei der BI ganz anders. Der Bürgermeister und die Stadtwerke-Chefin würden mit Informationen hinterm Berg halten und kritischen Fragen ausweichen, so der Vorwurf, verbunden mit der Einladung zum Dialog. „Mehrere Male standen wir bei Veranstaltungen der BI für Fragen zur Verfügung“, weisen die Beschuldigten den Vorwurf zurück. Zudem habe man mit Unterstützung des „Forums Energiedialog Baden-Württemberg“ mehrfach die Bürger informiert.

„Wenn die Wirtschaftlichkeit der zwei verbliebenen Windkraftanlagen infrage gestellt ist, was ist der Plan B? Wieso verkünden die nicht das Scheitern des Projekts? Das müssen Sie die mal fragen“, so Hagenlocher zum Abschied. BLIX hat „die“ gefragt – und keine wirkliche Antwort darauf erhalten.



**MUELLER & CONSORTEN**

Manufaktur für Gewand und  
Avantgarde  
Petra Mueller  
Laubacher Weg 7  
88416 Ochsenhausen  
Tel.: 07352 / 940 38 88  
info@muellerundconsorten.de  
www.muellerundconsorten.de

Wir freuen uns auf Ihre  
telefonische  
Terminvereinbarung